

Fünf Haushalte, die der Energiekrise

So heizt Bern Die Energiepreise steigen massiv, Gas und Strom könnten knapp werden. Visite bei Bernern und Bernerinnen, die sich in der Krise um mehr Unabhängigkeit bemühen.

Naomi Jones, Simon Thönen und Martin Erdmann

Die Energiekrise trifft viele hart. Doch es gibt auch Wege, sich von der Abhängigkeit von Heizölhändlern, Gaslieferanten und Stromkonzernen zu lösen, zumindest ein Stück weit. Die von dieser Zeitung porträtierten Haushalte haben dies – auf sehr unterschiedliche Weise – angepackt, meist schon lange vor dem Krieg von Russland gegen die Ukraine. Fünf Beispiele.

1 Mit Solardach und Wärmepumpe zur Heizautonomie

Die Wärme für ihr Einfamilienhaus in Kirchlindach holt das Ehepaar Romy und Ruedi Guggisberg von weit unten: 240 Meter tief liessen sie in ihrem Garten für die Erdsonde bohren, welche mittels einer Wärmepumpe die höhere Temperatur im Erdreich zum Heizen nutzt. Das war 2009.

Zuvor hatten sie dem Haus aus den 1970er-Jahren, das wie alle Gebäude aus dieser Zeit schlecht isoliert war, mit modernen Fenstern zu einer besseren Wärmedämmung verholfen. 2011 installierten sie auf dem Dach Solarzellen, um den Strombedarf im Haus generell sowie jenen der Wärmepumpe so weit wie möglich selber zu produzieren.

Viel mehr kann man als Hauseigentümer nicht tun, um den eigenen Energiebedarf umweltfreundlich zu decken, insbesondere ist es eine CO₂-freie Lösung für das Haus. Für Ruedi Guggisberg zählte jedoch noch etwas anderes: «Die Autonomie ist mir wichtig», sagt er. «Wir haben sie nun bis zu einem gewissen Grad erreicht, wenn auch nicht total.»

Übers Jahr gerechnet liefert die Solaranlage ungefähr so viel Strom, wie im Haus verbraucht wird. Doch saisonal sieht dies anders aus: Die Solaranlage produziert im Sommerhalbjahr mehr Strom, die Wärmepumpe benötigt im Winterhalbjahr mehr. Da kommt der Stromversorger BKW ins Spiel: Im Sommer liefern die Guggisbergs der BKW den Überschuss, im Winter beziehen sie von ihr die fehlende Elektrizität.

Die Abhängigkeit besteht bei den Konditionen für Solarstrom, die der Bund und die Stromversorger festlegen. Es war eine Achterbahnfahrt. Zuerst stand die Solaranlage auf der Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung des Bundes. Diese wurde dann durch einen – finanziell kleineren – Zuschuss zur Investition ersetzt. Die BKW zeigte sich anfänglich grosszügig gegenüber den privaten Solarproduzenten, senkte dann aber den Preis für den Solarstrom drastisch. Inzwischen ist dieser im Gefolge der generellen Strompreishausse wieder hoch. «Momentan bezahlt uns die BKW ungefähr gleich viel für unseren Strom, wie wir für ihren Strom bezahlen», sagt Ruedi Guggisberg. Aber die Abhängigkeit vom Monopolisten BKW ärgert Guggisberg, der früher für die SVP im Grossrat sass, nach wie vor.

An ihre Grenzen würde die Autarkie des Ehepaars auch bei einem – unwahrscheinlichen – Zusammenbruch der Stromver-

sorgung stossen. Zwar gibt es auf dem Markt technische Lösungen, um Solaranlagen unabhängig vom Netz zu betreiben, aber diese sind unwirtschaftlich.

Für sich selber machen sie sich keine grossen Sorgen. «Wir gehören zur Generation, die als Kinder noch Eisblumen an den Fenstern kannte», sagt Romy Guggisberg. Dass man im Winter auch drinnen Pullover trägt, ist für sie selbstverständlich. Und für den Notfall haben sie vorgesorgt – Holz für das Cheminée steht bereits hinter dem Haus.

2 Mit Fernwärme durch den WG-Winter

Adrian Mettler ist wenig kälteempfindlich. Der Student ist auch draussen gern barfuss unterwegs, «falls nicht gerade Schnee auf der Strasse liegt». Doch robust muss man eigentlich nicht sein, wenn man im riesigen neuen Block der Genossenschaft Warmbächli in Bern wohnt. Mettler und zwei seiner WG-Gspändli sitzen im T-Shirt in der Wohnküche.

Eine Missachtung der bundesrätlichen Aufrufe zum Energiesparen ist dies nicht – die WG hat die Heizung noch gar nicht eingeschaltet. Dennoch ist es in der Wohnung angenehm warm. Der Wohnblock, gebaut nach Minergie-Kriterien, ist gut wärmegeklämt. Im Winter liefert die Energiezentrale und KVA Forsthaus des Stadtberner Versorgers EWB Fernwärme zum Heizen sowie ganzjährig für das Warmwasser. Die Energiequelle ist hauptsächlich der Abfall der Region Bern sowie Holz, die in der Energiezentrale Forsthaus verbrannt werden. Beides gilt als erneuerbar. Für die Stromversorgung setzt die Wohngenossenschaft auf die Sonne. Die Energiekrise, so scheint es, kann den Bewohnerinnen und Bewohnern der Genossenschaft nichts anhaben.

Bei genauerer Betrachtung stimmt dies nicht ganz. An sehr kalten Tagen wird die Fernwärme mit Erdgas erzeugt. Zwar hat die Wohngenossenschaft bei EWB das Produkt Ökofernwärme ohne Gasanteil gewählt. Ein allfälliger Gaslieferstopp hätte aber vielleicht Auswirkungen auf die Fernwärmeversorgung in Bern insgesamt. Auch bei der Stromversorgung ist der Wohnblock nicht in einem physikalischen Sinn unabhängig. Die Solarzellen auf dem Dach können das Gebäude mit über 60 Wohnungen sowie das eingemietete Gewerbe und das Restaurant nicht komplett versorgen.

Zwei Drittel des Stroms liefert deshalb EWB. Für diesen Strom kauft die Genossenschaft Herkunftsnachweise für Solarstrom dazu. Damit sorgt sie dafür, dass irgendwo in der Schweiz Solarstrom für ihren Bedarf produziert und ins Stromnetz eingespeist wird. In diesem Sinn ist die Stromversorgung zu 100 Prozent solar. Für die von EWB gelieferte Elektrizität wird die Genossenschaft dennoch ab Januar die jüngst angekündigten gestiegenen Strompreise bezahlen.

Die finanziellen Folgen der Energiekrise dürften sich im energieeffizienten Wohnblock allerdings in Grenzen halten.



Im Kanton Bern wird höchst unterschiedlich geheizt. Das Spektrum reicht vom alten Holzofen bis zu Häusern wie diesem, die ganz ohne Heizung auskommen. Foto: Nicole Philipp



1 Romy und Ruedi Guggisberg ist es wichtig, beim Heizen eine gewisse Unabhängigkeit zu bewahren. Foto: Adrian Moser



2 Adrian Mettler wohnt in der Genossenschaftssiedlung Warmbächli und profitiert von Fernwärme. Foto: Raphael Moser

«Die Energiekrise spüre ich nicht am eigenen Leib», sagt Mettler, «ich erfahre sie nur durch andere.» Das Thema Umwelt ist ihm, der unter anderem nachhaltige Entwicklung an der Uni Bern studiert, dennoch sehr wichtig.

Er fliegt nie, fährt nicht Auto «sowie übrigens auch nicht ständig lange Strecken im Zug» – und, für viele eine Horrorvorstellung, er duscht kalt. Bei der Lampe im Wohnbereich allerdings hat sich die WG dann doch für die Leuchten entschieden, die ein bisschen weniger effizient, aber schöner sind. So viel Luxus muss sein.

3 Auf der Suche nach Gasersatz

Urs Bögli ist Architekt. Er wohnt in einem bald hundertjährigen Mehrfamilienhaus, das in Familienbesitz ist. «Ein Glück», sagt

«Die Energiekrise spüre ich nicht am eigenen Leib.»

Adrian Mettler

er, «so können wir mitbestimmen.» Seit zwölf Jahren wird das Warmwasser mit einer Solaranlage produziert. «In sonnigen Jahren liefert die Anlage von März bis November meist genug warmes Wasser.» In regnerischen Perioden und im Winter müsse das Wasser allerdings zusätzlich mit Gas gewärmt werden.

Das werden die Eigentümer ändern. Die Gasheizung komme ans Ende ihrer Lebensdauer, der Ersatz durch eine klimafreundliche Wärmepumpe sei schon vor dem Ukraine-Krieg beabsichtigt gewesen, sagt der Architekt. Leider könne die neue Anlage erst nächstes Jahr realisiert werden. «Bis dann reduzieren wir halt den Gasverbrauch, so gut es geht.»

Konkret drehen Bögli und seine Familie die Radiatoren zurück, wenn niemand daheim ist – was bei Berufstätigen und Kindern in Ausbildung oft der Fall sei. Auch abends und am Wochenende heizen sie nicht alle Zimmer auf 20 Grad. Nachts schliessen sie alle Rollläden. Gerade in kalten Winternächten verringere dies den Wärmeverlust deutlich, sagt der Architekt.

Er sei sich aber bewusst, dass nicht alle das Heizen derart re-

duzieren könnten. Etwa die 80-jährige Mieterin, die im selben Haus wohne – «sie friert rascher und ist meist zu Hause» – oder Mitbewohnerinnen im Homeoffice. Zudem dürfe man die Heizung nicht ganz abstellen, erklärt Bögli. «Sonst leidet das Haus.» Wenn die Luftfeuchtigkeit im Raum hoch und die Aussen-temperaturen tief seien, könne sich an den Wänden Kondenswasser und Schimmelpilz bilden. Deshalb sollte die Raumtemperatur bei einer relativen Luftfeuchtigkeit von etwa 50 Prozent nicht tiefer als 17 Grad sein. Bögli empfiehlt regelmässiges Stosslüften – «Ja nicht die Fenster stundenlang gekippt offen lassen» – und die Luftfeuchtigkeit mit einem Hygrometer im Auge zu behalten.

Der umweltbewusste Umgang mit Ressourcen ist für den Berner Architekten ein langfristiges Thema. Deshalb werde die Familie später auch die thermische Solaranlage durch eine Photovoltaikanlage ersetzen. Doch auch damit könne das Mehrfamilienhaus nicht energieautark werden, weil sich Sonnenstrom lokal kaum wirtschaftlich für graue Tage speichern lasse. «Auch wir

sind auf die Solidarität der Gesellschaft beim Energiesparen und auf das öffentliche Stromnetz angewiesen.»

Obwohl sie bereits viele Möglichkeiten zum Energiesparen ausgeschöpft hätten, gebe es auch bei ihrem Haus noch Schwachstellen, sagt Bögli. Er zögere etwa immer noch, die alten, schönen Fenster zu ersetzen oder die Fassade des Hauses zu dämmen. «Das würde das Haus völlig einstellen.»

4 Der Kachelofen bestimmt den Tagesablauf

Die 5-Zimmer-Mietwohnung von Nicole Küng, Jürg Bucher und ihren beiden Söhnen im Murfeldquartier ist rund 100 Jahre alt. In den 1990er-Jahren wurde sie nur sanft renoviert. Deshalb heizen die Küng-Buchers noch so wie vor 100 Jahren: mit Holz.

In jedem Zimmer steht ein Kachel- oder ein Kanonenofen. Am frühen Morgen macht in der Regel Jürg Bucher zuerst im Kanonenofen in der Küche ein Feuer. «Damit es schnell warm wird.» Der Ofen aus Gusseisen gebe die Hitze sehr schnell ab, könne sie aber nicht speichern. Als Jazzmusiker ist er oft abends weg. Dar-

trotzen



3 Urs Bögli will so schnell wie möglich vom Gas wegkommen. Bis dahin reduziert er den Gasverbrauch, «so gut es geht». Foto: Beat Mathys



4 Sie wohnen im Murfeldquartier und heizen ausschliesslich mit Holz: Jürg Bucher und Nicole Küng mit ihren beiden Söhnen. Foto: Nicole Philipp



5 Holzbauingenieur Stefan Zöllig lebt in einem Mehrfamilienhaus ganz ohne Heizung, das er selbst entworfen hat. Foto: Nicole Philipp

um übernimmt er meist den morgendlichen Feuertdienst, während Küng als Heilpädagogin arbeitet. Gegen Mittag feuert er auch die Kachelöfen im Wohn- und im Kinderzimmer ein, damit die Zimmer warm sind, wenn die Schule aus ist. Denn bis ein Kachelofen die volle Wärme abgibt, dauert es ein bis zwei Stunden. Mit Holz zu heizen, ist aufwendig. Im Winter sollte das Feuer nie ganz ausgehen, weil sich sonst die Wände und die Kachelöfen zu sehr auskühlen. «Nach den Skiferien ist die Wohnung erst nach drei Tagen wieder richtig warm», sagt Nicole Küng. Bis die Glut gut ist, dauert es etwa eine Stunde, wie Bucher beschreibt. Dann heize sie im Kachelofen aber etwa sechs Stunden lang. Zuerst macht Bucher ein Feuer mit mehreren Holzscheiten, dann muss er etwa alle zehn Minuten die Luftzufuhr regulieren oder ein weiteres Scheit nachlegen.

Mit Holz heizen erfordert viel Planung. Werde etwa der Ofen im Kinderzimmer zu spät angefeuert, sei es für die Kinder zu heiss zum Schlafen, sagt Nicole Küng. «Das Heizen bestimmt unseren Tagesablauf.» Nicht nur das. Auch im Jahresrhythmus

spielt das Heizen mit Holz eine viel grössere Rolle als etwa eine Zentralheizung. Spätestens im frühen Herbst muss die Familie Holz kaufen. Etwa neun Ster braucht sie in einem Winter. Das Holz liefert der Bauer in drei Ladungen zu drei Ster. «Dann tragen wir die Scheite jeweils zu viert während zweier Stunden in den Keller», erzählt Jürg Bucher. Und ein bis zwei Tage vor dem Verbrennen müssten die Kinder die Scheite zum Trocknen in die Wohnung holen. «Zum Glück helfen die Kinder ganz gern mit», sagt er. «Und wenn der Bauer das Holz bringt, ist es jeweils ein Happening», ergänzt Nicole Küng.

Und die Kosten? Mit 1800 bis 2500 Franken pro Jahr sei das Holz zwar günstig, findet Jürg Bucher, doch der zeitliche Aufwand dafür sei nicht zu unterschätzen. Dennoch sehnen sich weder er noch seine Partnerin nach einer Zentralheizung. Sie würden mit einer sehr angenehmen Wärme belohnt, sagt Nicole Küng. «Ich freue mich immer auf das erste Feuer, wenn es kalt wird.» Das bestätigt auch Bucher. «Und im Frühling sind wir froh, wenn es wieder vorbei ist», sagt er lachend.

5 Es geht auch ohne Heizung

Dieses Haus ist schweizweit einzigartig. Denn es besteht nur aus Holz und hat keine Heizung. Die Rede ist nicht etwa von einer Blockhütte im Wald, sondern von einem modernen Mehrfamilienhaus an bester Lage über dem Thunersee. Entworfen wurde es vom Holzbauingenieur Stefan Zöllig, der nach der Fertigstellung im letzten Jahr eine der Wohnungen mit seiner Familie bezogen hat.

Zöllig steht im Gemeinschaftsraum, der allen Mietparteien offensteht. Draussen macht sich der Herbst bemerkbar. Das Raumthermostat zeigt 21 Grad an. Spricht Zöllig über sein heizungsfreies Zuhause, tut er das mit Leidenschaft. Es fallen radikale Aussagen. «Wer heute noch Häuser mit Heizungen baut, sollte aus dem Verkehr gezogen werden.» Oder: «Nebenkosten sind ein Verbrechen.»

Das sind keine Troztiraden gegen explodierende Heizkosten, sondern Aussagen, die durch dekadente Bauverfahren geformt wurden. Zölligs Unternehmen hat über 3000 Holzgebäude geplant. «In den meisten Häusern läuft die Heizung aber nur wenige Tage im Jahr.» Also hat sich Zöllig dazu entschlossen, sie in seinem neuen Haus gleich ganz wegzulassen. Nicht ganz ohne Bedenken aus der Familie. «Meine Frau hat es gern warm und war dementsprechend skeptisch.» Zwar seien die Temperaturen gelegentlich auf 18 Grad gefallen, das aber nur, weil die Lüftung noch nicht richtig justiert war.

Doch wie soll ein Haus ohne Heizung tatsächlich bewohnbar sein? Zöllig verweist auf das Baumaterial. «Im Gegensatz zu Beton hat Holz warme Oberflächen.» Die restliche Wärme komme von Elektrogeräten wie Computer oder Fernsehen, aber auch von den Bewohnenden selbst. «Wenn genug in die Isolation investiert wurde, dann kann so auch ohne Heizung eine angenehme Raumtemperatur erreicht werden.»

Durch dieses Konzept muss sich Zöllig nicht vor explodierenden Energiepreisen fürchten. «Ich traue es fast nicht zu sagen, aber ich bin von der Energiekrise kein Stück betroffen.» Denn auch der Strom entsteht in Eigenregie, dank der Fotovoltaikanlage auf dem Dach. «Diese Unabhängigkeit gibt mir eine gewisse Sicherheit und bestätigt mich auch in meinem Denken.»

Auch seine Mieter profitieren von Zölligs Holzbegeisterung. Sie bezahlen keine Nebenkosten. Alles andere wäre für ihn inakzeptabel. Solche Zusatzkosten sieht er als Verfehlung der Bauherrschaften. Viele von ihnen würden nach minimalen gesetzlichen Standards bauen. Entsprechend schlecht sei beispielsweise die Isolation. «Die daraus entstehenden Mehrkosten werden dann auf die Mietenden abgewälzt.»

Laut Zöllig kostet ein Haus aus Holz etwa gleich viel wie eines aus Beton. Wieso Holzhäuser dennoch eher Ausnahmeerscheinungen sind, habe mit dem Gewohnheitsdenken der Baubranche zu tun. «Aber der Holzbau legt zu.»

Wie könnten Gegnerinnen und Gegner das Projekt stoppen?

Autobahn Grauholz Die Grauholz-Autobahn soll auf je vier Spuren ausgebaut werden, dagegen regt sich Widerstand.

Acht Spuren statt sechs. So soll die Autobahn A1 zwischen Bern und Schönbühl dereinst ausgebaut werden. 110'000 Autos und Lastwagen fahren hier beim Nadelöhr Grauholz täglich durch – in Stosszeiten oft im Schrittempo, weil sich immer wieder Staus bilden.

Die Ausbaupläne des Bundesamts für Strassen (Astra), die Hunderte Millionen Franken kosten werden, spalten in Bern die Gemüter. Während der Kantone Bern, bürgerliche Parteien und der bernische KMU-Verband die zusätzlichen Spuren grundsätzlich unterstützen, wird der Widerstand dagegen immer lauter. Protest kommt etwa vonseiten der Bauern, die den Verlust von gut 13 Hektaren Landwirtschaftsland ins Feld führen. Dagegen sind auch der VCS, der Gemeinderat der Stadt Bern, links-grüne Parteien sowie Gemeinden wie Bolligen entlang der Autobahn.

Der juristische Widerstand läuft bereits

Doch welche Möglichkeiten haben die Gegnerinnen und Gegner überhaupt, den Ausbau zu verhindern? Es wird von drei Optionen gesprochen: So werden sie versuchen, die Pläne juristisch zu blockieren und politisch zu bekämpfen sowie die Bevölkerung zu mobilisieren.

Dabei läuft der juristische Widerstand bereits: Diverse Betroffene und Verbände haben Einsprache gegen die publizierten Pläne des Astra erhoben. In diese Gruppe gehören etwa Bauern entlang der Autobahn, die Stadt Bern, der VCS sowie Ortsparteien wie die GFL Zollikofen. «Wird unsere Einsprache abgelehnt, ziehen wir sie so lange weiter, wie wir uns eine Chance auf Erfolg erhoffen», erklärt Benjamin Zumbühl, Geschäftsführer der Berner Sektion des VCS. «Wir gehen aktuell davon aus, dass wir sie weiterziehen müssen.»

Einsprachen können über verschiedene Instanzen bis vor Bundesgericht landen – und somit auch Infrastrukturprojekte verzögern. Was dem VCS recht wäre: «Der Ausbau erfolgt verfrüht und nicht koordiniert mit anderen Projekten», sagt Benjamin Zumbühl. So führe das Astra derzeit mehrere Pilotprojekte zu der Glättung von Verkehrsspitzen durch, etwa durch Tempo 60 auf der Autobahn oder Mobility-Pri-

cing. «Falls unsere Einsprache tatsächlich die Planung verzögert, dann hoffen wir, dass diese Projekte vorher abgeschlossen werden und andere Möglichkeiten aufzeigen, wie der Stau zu Stosszeiten gelöst werden kann.»

Bauernpräsident in der Bredouille

Neben den juristischen Möglichkeiten ist auch politischer Widerstand geplant: Der Ausbau der Strecken Wankdorf-Schönbühl und Schönbühl-Kirchberg kommt gemeinsam mit drei weiteren Ausbauprojekten 2023 ins Bundesparlament. «Wir werden uns gegen das massive Ausbaupaket wehren, da es dem Klimaschutz widerspricht und Kulturland vernichtet», sagt etwa Natalie Imboden, Nationalrätin der Grünen. Im extremsten Fall wäre hier ein Referendum möglich. Für den politischen Erfolg bräuchten links-grüne Parteien aber wohl Unterstützung – zum Beispiel vom Bauernverband.

Dieser will sich aber nicht auf eine mögliche Zusammenarbeit festlegen. «Das wäre verfrüht», erklärt Hans Jörg Rüeeggger, Präsident des Berner Bauernverbands und SVP-Grossrat. «Wird unsere Einsprache abgelehnt, machen wir nochmals eine Lagebeurteilung.» Rüeeggger befindet sich dabei auch in einem Zielkonflikt: Einerseits vertritt er die Interessen der Bauern, die Fruchtflächen der Autobahn opfern müssten. Und andererseits befürwortet seine Partei, die SVP, solche Infrastrukturprojekte. «Wir vermischen einfach Lösungen, die Kul-

turland schützen», sagt Hans Jörg Rüeeggger, auf diesen Grundkonflikt angesprochen.

Die Bevölkerung soll mobilisiert werden

Als dritte Option planen Gegnerinnen und Gegner, die Bevölkerung zu mobilisieren. Vorbild ist Biel, wo eine breite Allianz vor einigen Jahren den bereits beschlossenen Bau einer Stadtautobahn erfolgreich stoppte. Die Bürgerbewegung reichte von links bis zur Mitte und kulminierte 2017 und 2018 in den grössten Demos in Biel seit über dreissig Jahren. Schliesslich wurde die Stadtautobahn fallen gelassen.

Auf diese Taktik schielt etwa der Verein Spurwechsel, der sich gegen die Berner Autobahnprojekte wehrt. «Bundesrätin Sommaruga und das Verkehrsdepartement haben mehrmals betont, dass man nichts baue, wenn die lokale Bevölkerung dagegen sei», so Präsident Markus Heinzer. Durch die Information und Mobilisierung der Bevölkerung erhofft er sich deshalb, dass die Behörden nachgeben – oder immerhin einen Dialogprozess starten. Grosse Demos würden vorerst keine geplant.

Ob der erfolgreiche Protest in Biel aber wirklich als Vorbild dienen kann, bleibt umstritten: «Die beiden Projekte sind nicht vergleichbar», sagt etwa SVP-Nationalrat Lars Guggisberg. In Biel wäre das Stadt- und Landschaftsbild viel stärker beeinträchtigt worden als am Grauholz.

Jessica King



Die A1 soll gemäss Plänen des Bundesamts für Strassen ausgebaut werden, um das Nadelöhr vor Bern zu entlasten. Foto: Christian Pfander

Regierung will «steinreiche Dörfer» nicht zur Kasse bitten

Finanzausgleich Der Berner Regierungsrat will nicht am kantonalen Finanzausgleich herum-schrauben. Abgeltungen von Kieswerken sollen weiterhin kein Kriterium sein, auch wenn sie der einen oder anderen Gemeinde einen gewissen Reichtum beschaffen. Ob eine Gemeinde im kantonalen Finanzausgleich eine Nettozahlerin oder eine Nettoempfängerin ist, soll wie bis anhin durch deren harmonisierte Steuerkraft bestimmt werden. Das schreibt der Regierungsrat in seiner am Montag publizierten Antwort auf ein Postulat im Grossen Rat.

Urs Graf (SP) möchte «steinreiche Gemeinden in den Finanz-

ausgleich miteinbeziehen». So lautet der Titel seines Vorstosses. Es gebe Gemeinden, die wegen der Abgeltung für Kieswerke finanziell äusserst gut dastünden, nicht aber in den Finanzausgleich einzahlen müssten. Das führe zu einer Ungleichbehandlung unter den bernischen Gemeinden.

Der Regierungsrat des Kantons Bern sieht es anders. Der bernische Finanzausgleich sei – wie auch der nationale – bewusst als reiner Steuerkraftausgleich konzipiert. Würde man Abgeltungen zur Kiesgewinnung einbeziehen, stellten sich Abgrenzungsfragen zu weiteren nichtfiskalischen Erträgen der

Gemeinde, zum Beispiel Anlagen des Finanzvermögens.

Zudem führe der Betrieb von Kieswerken zu erheblichen Lärm-, Staub- und Abgasemissionen. Er sei für die Gemeinden also auch mit Nachteilen verbunden. Sollten sie keinen finanziellen Nutzen mehr erzielen, dürften ihre Bereitschaft sinken, Standortgemeinde eines Kieswerks zu sein. Das widerspreche den Interessen des Kantons.

Der Regierungsrat empfiehlt das Postulat zur Ablehnung. Das letzte Wort hat der Grosse Rat. Der Vorstoss wurde auch von Mitgliedern der Grünen, der EVP und der Grünliberalen unterzeichnet. (sda)